

Der Vorsitzende der Bischofskonferenz warnt: Die Reichen dürfen sich mit dem Transatlantischen Freihandelsabkommen nicht abschotten

„Auch Arme und Schwache brauchen eine Perspektive“

Ein Appell von Kardinal Reinhard Marx

Freier Handel birgt immer auch die Chance auf mehr Wohlstand und ist deshalb zunächst begrüßenswert, aber es braucht klare Regeln! Natürlich ist es nicht möglich, mitten in den Verhandlungen schon die Details zu beurteilen, aber es ist möglich und nötig, grundsätzliche Kriterien zu nennen. Aus der Sicht der Katholischen Soziallehre frage ich deshalb: Hält das geplante Abkommen dem Anspruch stand, dem Gemeinwohl, ja dem Weltgemeinwohl zu dienen? Wer profitiert davon? In erster Linie sind das die Vertragspartner, also die EU und die USA. Ökonomen rechnen ja bereits im Detail vor, wie groß die Wohlfahrtsgewinne für unsere Länder sein werden.

Aber der Blick auf das Weltgemeinwohl und die Verantwortung der reichen Staaten wirft die Frage auf, ob mit dem transatlantischen Freihandel auch Gewinne für Dritte, besonders für die armen Länder, einhergehen. Schotten sich mit dem Abkommen nur die reichen Nationen ab und bescheren sich noch größere Vorteile zu Lasten der Entwicklungs- und Schwellenländer? Oder gelingt es, mit dem Freihandel auch Vorteile für die Schwächsten in der Welt zu schaffen?

Das Kapital im Visier

Kardinal Reinhard Marx, 60, ist seit März Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Ungezügelter Kapitalismus nennt der Münchner Erzbischof inakzeptabel. Papst Franziskus hat ihn zum Koordinator seines neuen „Wirtschaftsrats“ ernannt.

Unbestreitbar bestehen bei einem solchen Vertrag Interessensgegensätze – sowohl zwischen als auch innerhalb der Staaten. Interessen der Unternehmen und ihr Streben nach Gewinn sowie die Interessen der Bürger als Erwerbstätige oder als Verbraucher stehen sich gegenüber. Diese müssen gegeneinander abgewogen werden und dürfen nicht einseitig Vorteile produzieren. Denn jedes Streben nach einseitigem Vorteil stellt Sonderinteressen vor Gemeininteressen und widerspricht dem Ziel des Gemeinwohls. Ein Abkommen kann nur dann ethisch akzeptiert werden, wenn es auch den Armen und Schwachen Perspektiven eröffnet.

Darüber hinaus: Mit dem geplanten Abkommen sollen nicht nur Zölle fallen; es geht auch um die Festlegung einheitlicher Standards. Während die Vorteile im technischen Bereich auf der Hand liegen, stellt sich dies im Hinblick auf bestehende Standards etwa in der Sozialpolitik oder im Umweltschutz kritisch dar. Diese sollten nicht nach unten auf den kleinsten gemeinsamen Nenner vereinheitlicht werden, ohne auf die gewachsenen Traditionen des Sozialstaats Rücksicht zu nehmen.

Wer Akzeptanz für den Vertrag erzielen will, darf nicht kurzerhand bewährte Normen

übertriebener Vereinheitlichung opfern. Die Politik muss kritische Stimmen zum Freihandelsabkommen ernst nehmen, auch um einem vereinfachenden Schlagabtausch von Ängsten gegen Wohlstandsversprechen zu entsagen. Auf Grund des unbestrittenen Vorteils offener Märkte kann man die Bürger für das Abkommen gewinnen, wenn alle profitieren und nicht der Eindruck entsteht, es würden vorrangig die Interessen der Großunternehmen bedient.

Die Verhandlungsführer müssen deshalb klug abwägen und sich ihrer besonderen Verantwortung für die politische, ökonomische und gesellschaftliche Zukunft nicht nur Europas und der USA, sondern der ganzen Welt bewusst sein. Und darüber besteht kein Zweifel: In dieser Frage haben die USA und Europa eine besondere Verantwortung und eine Chance. Wer sonst sollte klare, ethisch begründete Normen in der Weltwirtschaft voranbringen?

Das Freihandelsabkommen bietet die Chance, zur Gestaltung internationaler Standards und einer Global Governance beizutragen. Sollte es gelingen, die wirtschaftlichen und sozialen Maßstäbe in der Welt positiv zu prägen, so könnte das Freihandelsabkommen einen Beitrag zu einer besseren Welt leisten. ■